



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IX/218 - 27.9.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt

Blick auf die Neuner-Konferenz	S.1
Labour-Party und westdeutsche Wiederbewaffnung	S.3
Um den Amtshilfeverkehr mit der Sowjetzone	S.5
Wehrbeitrag und Gewerkschaftsjugend	S.7

Gedämpfte Londoner Erwartungen
=====

Von Herbert Wehner, M.d.B.

Je näher der Beginn der Londoner Neunmächte-Konferenz heranrückt, desto zurückhaltender sind die Voraussagen auf ihr wahrscheinliches Ergebnis geworden. Niemand vermag es sich zu verhehlen, dass auch die Londoner Konferenz in ihrem Schosse nicht die Wunderformel haben kann, mit der die Schwierigkeiten auszuschalten wären, an denen die "Europäische Verteidigungsgemeinschaft" scheiterte.

Wenn die Londoner Konferenz keinen anderen Ansatz und kein anderes Thema zu finden vermöchte als die Suche nach einem Modell für die Bewaffnung der Bundesrepublik, so müsste die Initiative der britischen Regierung, der diese Konferenz entsprungen ist, wahrscheinlich ohne greifbares Ergebnis bleiben. Die Eingliederung der Bundesrepublik in einen etwas erweiterten Brüsseler Pakt und in die Nordatlantikpakt-Organisation wirft für Deutschland und für die übrigen Staaten nicht weniger und in mancher Hinsicht vielleicht sogar noch verwickeltere Probleme auf als es die waren, die die EVG sprengten.

Den Staatsmännern, die zur Londoner Konferenz zusammenkommen, kann es nicht verborgen geblieben sein, wie schwer es halten würde, wollte man versuchen, aus einzelnen Bestandteilen des gescheiterten EVG-Plans etwas Neues zusammenzusetzen. Man muss sich deshalb fragen, worauf sie hoffen, wenn sie dennoch in London zu Beratungen zusammenströmen. Bei manchen Teilnehmern dieser Konferenz lebt offenbar die Vorstellung, es werde früher oder später möglich sein, mit veränderten Regierungsverhältnissen in Frankreich und damit wieder mit den Kreisen tätig werden zu können, die sich der EVG und damit der Idee der sogenannten integrierten Gemeinschaft mit supranationalen Organen verschworen haben. Andere hegen wohl die Erwartung, es werde der Druck, den die massiven Ankündigungen von der Gefahr eines amerikanischen Neu-Isolationismus auf die europäischen Konferenz-

27.9.1954

teilnehmer bedeuten würden, genügen, um Frankreich zu entsprechenden Zugeständnissen zu bewegen, die jedenfalls für den Anfang die Aufnahme der Bundesrepublik in den modifizierten Brüsseler Pakt und in NATO gestatten könnten.

Es hat nicht den Anschein, als habe eine hier und da recht laut erhobene Forderung des Koalitionspartners FDP Einfluss auf die Ausgangsstellung der Unterhändler der Bundesregierung genommen, die Forderung nämlich, dass die Bundesrepublik eine etwas mehr abwartende Haltung einnehmen und nicht auf rasche Lösungen drängen solle, die über die Aufhebung des Besatzungsstatuts hinausgehen. Der Bundeskanzler scheint entschlossen zu sein, auch in London die Frage der Bewaffnung der Bundesrepublik und ihre mehr oder weniger feste Eingliederung in Bündnissysteme als das Hauptanliegen der deutschen Politik zu vertreten. Er gerät damit unweigerlich in einen erheblichen Gegensatz zum französischen Ministerpräsidenten, und es ist schwer vorstellbar, durch welche ausgleichenden Kräfte ein solcher Gegensatz ausgeräumt werden könnte. Die Schwierigkeiten, die sich daraus wiederum für die Aufhebung des Besatzungsstatuts ergeben, dürften nicht gering zu werten sein.

Die deutsche Verhandlungsposition wird besonders kompliziert durch das Festklammern an den Bestandteilen der Verträge von Paris und Bonn. Obwohl manche der Werte dieser Verträge, die früher von den Regierungssprechern nicht hoch genug gerühmt werden konnten, inzwischen auch innerhalb der Bundesregierung etwas umgewertet worden sind, scheint ihr Chef im Grossen und Ganzen doch den Inhalt dieser Verträge nach wie vor für sachlich erstrebenswert zu halten. Damit wird aber die Ausgangsposition für die deutschen Unterhändler reichlich schmal werden. Wenn man nicht annehmen will, sie rechnen auf einen unvermeidlicherweise negativen Konferenzverlauf und auf ein dann fölliges "Wachtwort" aus Washington, dann bleibt unverständlich, weshalb von der Bundesrepublik nicht der Versuch gemacht wird, auf dieser Konferenz in aller Eindringlichkeit das deutsche Anliegen nach einer konkreten Unterstützung unserer Forderung nach Herstellung der Einheit Deutschlands in den Mittelpunkt allen Unterhandelns zu stellen. Es könnte wohl niemand Anstoss daran nehmen, wenn die Unterhändler der Bundesrepublik in der Gemeinschaft westlicher Staatsmänner einige Konsequenzen aus dem Ablauf der Berliner Viermächtekonferenz zu ziehen und Voraussetzungen für neue Bemühungen um die Lösung der deutschen Frage und damit die Entspannung der Gegensätze in Europa zustandezubringen suchten.

Die Initiative der britischen Regierung, der die Londoner Konferenz zuzuschreiben ist, hätte seitens der Bundesregierung eine andere Antwort verdient als den hoffnungslosen Versuch, auf dem Umweg über einen etwas geänderten Brüsseler Pakt und eine umstrittene NATO-Mitgliedschaft noch so viel wie möglich von den Verträgen von Bonn und Paris zu retten. Es wird leider nicht zur Lösung der deutschen Frage beitragen, wenn es sich in London erneut herausstellt, dass die Haltung der Bundesregierung zwar noch einmal das Lob des amerikanischen Staatssekretärs hervorrufen, aber nicht dazu beitragen kann, die eigentliche europäische Zusammenarbeit zu fördern, weil sie sich festgeföhren hat auf dem toten Geleis der EWG und ihrer Ersatzformen.

Von der EVG zur sozialistischen Zusammenarbeit

G.G. Am gleichen Dienstag, an dem in London die Neunmächtekonferenz beginnt, findet in Scarborough auf dem Parteitag der Labour Party die wichtigste außenpolitische Debatte statt: zur Beratung und Abstimmung stehen die vielen Anträge aus den Ortsgruppen der Partei und einzelner Gewerkschaften, die sich gegen eine Wiederbewaffnung der deutschen Bundesrepublik und für Verhandlungen mit der Sowjetunion mit dem Ziele der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands aussprechen und denen nur wenige Anträge gegenüberstehen, die sich für eine deutsche Wiederaufrüstung, übrigens unter der Voraussetzung der inzwischen hinfällig gewordenen EVG, einsetzen. Der Vorstand der Labour Party, der ursprünglich die Absicht hatte, eine Resolution für eine kontrollierte Aufrüstung der Bundesrepublik und ihre Einbeziehung in ein westliches Verteidigungssystem vorzulegen, hat am vergangenen Donnerstag eine "Dringlichkeitsresolution" veröffentlicht, die er dem Parteitag in der Hoffnung vorlegt, die Mehrheit der Delegierten für ihre Annahme gewinnen zu können.

Der Entschluß, eine neue Resolution des Parteivorstandes auszuarbeiten hatte seinen Grund nicht nur im Scheitern der EVG, sondern auch in dem Ergebnis der Abstimmung über die Frage der deutschen Aufrüstung auf dem britischen Gewerkschaftskongress in Brighton, wo sich vor zwei Wochen nur eine sehr knappe Mehrheit (4,077 Millionen gegen 3,523 Millionen Stimmen) für den Dringlichkeitsantrag des Generalrats der Gewerkschaften fand, der sich für eine westdeutsche Aufrüstung im Rahmen eines westlichen Verteidigungssystems ausgesprochen hatte. Da also selbst innerhalb der Gewerkschaften die Opposition gegen die Aufrüstung Westdeutschlands mehr als 40 Prozent der Stimmen umfasste, war vorauszusehen, dass sie auf dem Parteitag der Labour Party mehr als die Hälfte der Stimmen beitragen würde, da sich hier zur gewerkschaftlichen Opposition noch die Opposition aus den Partei-Ortsgruppen gesellen würde, deren große Mehrheit in der Frage der deutschen Aufrüstung (und zum erheblichen Teil auch in anderen Fragen) hinter der von Aneurin Bevan und seinem Kreis vertretenen Auffassung steht.

Die Dringlichkeitsresolution, die der Vorstand der Labour Party nun zur Deutschlandfrage vorgelegt hat, beginnt mit dem Hinweis auf das Scheitern der EVG und mit einem Bekenntnis zum Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Die Westmächte, heißt es

weiter, müssen bereit sein, Verhandlungen jederzeit wieder aufzunehmen, sobald die Sowjetunion zu freien Wahlen in "Ostdeutschland" bereit ist.

Darüber Hinaus aber enthält die Dringlichkeitsresolution einen Auftrag des Parteitages an den Parteivorstand, mit den anderen europäischen sozialistischen Parteien Beratungen zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Politik mit folgenden Zielen aufzunehmen:

1. Anerkennung des Rechts der deutschen Demokratie auf Selbstregierung und Beendigung des Besatzungszustands in der Bundesrepublik;
2. Prüfung der Frage, wie die deutsche Bundesrepublik einen Beitrag zur kollektiven Sicherheit in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen und in einer Weise leisten kann, die ein Wiederaufleben einer deutschen militärischen Gefahr ausschließt;
3. Prüfung der Frage, wie weitere Bemühungen erfolgen können, um die Sowjetunion dazu zu bringen, die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen zu gestatten.

Clement Attlee, der parlamentarische Führer der Labour Party und ehemalige Premierminister, war von seiner Rußland- und Chinareise noch nicht zurück, als der Parteivorstand am vorigen Donnerstag die Dringlichkeitsresolution beschloß. Aber zweifellos wird er sie empfehlen, wenn er die außenpolitische Debatte des Parteitags eröffnet und Herbert Morrison, der ehemalige Außenminister, wird sie begründen. Obwohl Bevan sich in der Vorstandssitzung gegen die Resolution ausgesprochen hat, weil sie eine deutsche Aufrüstung nicht eindeutig ablehnt, hofft die Vorstandsmehrheit offensichtlich, dass auch ein Teil der Delegierten die mit Bevan gegen die LWG waren, zur Annahme der Dringlichkeitsresolution bereit sein wird.

Sachlich bedeutet die Dringlichkeitsresolution des Parteivorstands ein Abgehen von dem nach der Berliner Außenministerkonferenz im Februar auch in Kreisen des Vorstands der Labour Party vertretenen Standpunkt, dass weitere Verhandlungen mit der Sowjetunion in der Deutschlandfrage gegenstandslos geworden seien. Sie nähert sich, indem sie der Wiedervereinigung Deutschlands vor der Frage des deutschen Verteidigungsbeitrags den Vorrang gibt und ein Sicherheitssystem nach den Grundsätzen der UNO andeutet, erheblich dem Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie, und sie trägt in besonderem Maße dem auch in der Labour Party immer lebhafter gewordenen Wunsch nach einer gemeinsamen Politik der europäischen Sozialisten Rechnung.

Wenn der Labour-Parteitag am Freitag zu Ende ist, wird ihm unmittelbar eine Bürositzung der Sozialistischen Internationale in Scarborough folgen. Auf ihr können die ersten Schritte zur Ausarbeitung dieser gemeinsamen Politik der europäischen Sozialisten (für die sich auch der Vorstand der SPD auf seiner letzten Sitzung ausgesprochen hatte) erfolge

Zuviel Angst vor Propaganda

hi - Die sowjetzonale Zentralverwaltung der Sozialversicherung hat die ihr nachgeordneten Stellen unter Aufhebung aller gegenteiligen Verfügungen angewiesen, aus Westdeutschland und Westberlin angeforderte Rentenakten zu übersenden. Diese Maßnahme ist zweifellos zu begrüßen, weil sie im Interesse aller Versicherten liegt, stößt aber in Westdeutschland auf die Angst vor der erschrecklichen Propaganda, die mit der Übersendung von Rentenakten und der damit angeknüpften Amtsbeziehungen verbunden werden könnte. In mancherlei bundesministeriellen Erlassen wird nachdrücklich vor diesen Machenschaften gewarnt. Die Hysterie in den Ämtern ist soweit getrieben, dass Sachbearbeiter die bedeutungslosesten Schreiben ihrem Amtsleiter zuleiten, der sie nicht selten aus der auf dem Erlasswege gezüchteten Unsicherheit dem zuständigen Minister übersendet.

Dies scheint ein klassisches Beispiel dafür zu sein, wie man gesamtdeutsche Fragen, auch wenn sie nur im Bereich des Amtsverkehrs liegen, nicht behandeln kann, wenn der Eindruck vermieden werden soll, durch eigene Schuld die Spaltung zu vertiefen. Zunächst ist doch festzustellen, dass wir in der Situation des Jahres 1954 bis auf wenige Fachleute in den Ostbüros der Parteien und des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen kaum noch etwas voneinander wissen. Die Beamten und Angestellten in den staatlichen Verwaltungen ahnen kaum etwas von dem, was in der Zone wirklich vorgeht, oder das, was sie wissen, sind halbe Wahrheiten, die meistens gefährlicher sind als ganze. Darum sollte jede Kontaktmöglichkeit auf den verschiedenen Ebenen staatlicher oder öffentlicher Verantwortung darauf geprüft werden, ob sich in ihr nicht eine Chance des inneren Zusammenhalts der beiden Teile Deutschlands bietet.

Jeder weiß, dass es sich bei Kontaktangeboten von der Seite der Sowjetzone nicht um reine Menschenfreundlichkeit, sondern auch um die politische Absicht eines autoritären Systems handelt. Aber sollten Beamte und Angestellte des Bundes und der Länder dies nicht wissen und trotzdem fachliche Beziehungen pflegen können? Der Kommunismus leidet in Westdeutschland an der galoppierenden Schwindsucht und die kommu-

27.9.1954

nistischen Propagandawirkungen stehen- wie in allen Ländern mit einer starken Sozialdemokratie- in keinem Verhältnis zu ihrem Aufwand. Muß deshalb der westdeutschen Beamtenschaft ein solches geistiges und politisches Armutszeugnis ausgestellt werden, dass man ihr nicht die innere Festigung zutraut, sich vielleicht mit einem Mann der Sozialversicherung aus der Sowjetzone unterhalten zu können, ohne dabei für sich selber oder seine Sache die rechtsstaatlichen Grundsätze aufzugeben oder gar kommunistisch infiziert zu werden? Sind wir schon soweit, dass jede derartige Beziehung zwischen Ämtern in den Verdacht der Kollaboration und jedes derartige Gespräch zwischen Fachleuten in den der eigenen Unzuverlässigkeit gerät?

Wenn wir es ernst meinen mit unserer Verbundenheit zu den Menschen drüben, dann sollte zwischen allen Stellen, bei denen nicht die Fragen staatlicher Souveränität und politischer Anerkennung zur Debatte stehen, fachliche Beziehungen, soweit sie zur Lösung menschlicher Fragen dienen, gehalten werden. Das ist gegenwärtig ein praktischer Teil unserer gesamtdeutschen Verpflichtung.

Der fragliche Kontakt zwischen den Sozialversicherungsträgern beispielsweise sollte auf der nächsten Konferenz der westdeutschen Länderarbeitsminister einmal vernünftig besprochen werden. Auch im Jahre 1954 muß verstärkt gelten, was der Bundesinnenminister noch 1953 feststellte, "dass der Amtshilfeverkehr im gesamtdeutschen Interesse notwendig ist". Es darf nicht auf kaltem Wege und in leiser Art weiter eingeschränkt werden, was das deutsche Volk in Ost und West noch verbindet. Dass im Einzelfall, wie das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen anregt, der Betroffene, besonders wenn es sich um einen Zonenflüchtling handelt, zu befragen ist, bevor Auskünfte erteilt werden, ist, um ihn vor Schaden zu bewahren, selbstverständlich. Wir spielen aber den Johns und Schmidt-Wittmacks die Bälle zu der Behauptung zu, sie hätten in der Bundesrepublik niemals ohne die Gefahr, verhaftet zu werden, offen ihre Meinung zu den Fragen gesamtdeutscher Politik sagen können, wenn schon der mögliche Verkehr zwischen Ämtern und das Gespräch zwischen Fachleuten in amtlich bescheinigten gesamtdeutschen Interesse als suspekt betrachtet wird.

+ + +

- 7 -

Symptomatische Abstimmung

ler- Nahezu einstimmig hat der Dritte Bundesjugendkongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes sich in einer EntschlieÙung gegen jeden westdeutschen Wehrbeitrag ausgesprochen, da "alle Wiederbewaffnungsbestrebungen unübersehbare politische Folgen für eine Wiedervereinigung Deutschlands in demokratischer Freiheit haben". Dieser Beschluß läßt aufforchen. Er ist symptomatisch für die Stimmung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterjugend. Am Tage vor der Londoner Konferenz, in der nach dem Scheitern der EWG über eine neue Form der westdeutschen Wiederbewaffnung beraten werden soll, kommt ihm eine besondere Bedeutung zu; sie zu übersehen, heißt ein politisches Faktum erster Größenordnung zu verkennen.

Es ist kennzeichnend für die Stimmung und den Verlauf dieses Kongresses, dass Leitung und Delegierte einer einlassbegehrenden Abordnung aus der Sowjetzone den Zutritt zu den Beratungen einstimmig verweigerten- und zwar ohne Diskussion. Das war überhaupt keine Streitfrage, ebenso wie jener Passus in der EntschlieÙung, der mit gleich großer Entschiedenheit auch die Wiederaufrüstung in der Sowjetzone verurteilt, "wie sie von der Sowjetunion betrieben wird." Wer aus dieser Haltung der Jugend im gewollten oder ungewollten Mißverständnis eine Art Ohne-mich-Mentalität ableitet, macht sich allerdings eines großen politischen Irrtums schuldig.

Im politischen Denken der Arbeiterjugend - und nicht nur der arbeitenden Jugend allein - nimmt die Sorge um die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit den allerersten Platz ein. Sie ist nicht eine der vorranglichsten Aufgaben (v. Brentano im Hessischen Rundfunk), sondern die vorranglichste Aufgabe, der sich alle anderen politischen Überlegungen und Ideen unterzuordnen haben. Diese Düsseldorfer EntschlieÙung steht ja nicht für sich allein, die beiden Gewerkschaftstage der Industriegewerkschaft Metall und Druck und Papier haben ähnliche Beschlüsse gefasst. Sie besagen: Jede Form von westdeutscher Wiederbewaffnung, die eine Wiedervereinigung erschwert und den Graben zwischen West- und Mitteldeutschland vertieft, wird von der westdeutschen Jugend leidenschaftlich abgelehnt; sie muß, da ihr die Zustimmung des Teiles der Nation fehlt, der wieder Uniformen tragen soll, auf längere Sicht und im Falle einer wirklichen Bedrohung wirkungslos bleiben. Dieser Mahnruf aus Düsseldorf kann heute von niemandem überhört werden, denn die Gewinnung und die aktive Mitarbeit der jüngeren Generation in Lebensfragen unseres Volkes als unerlässliches Gebot gilt.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler